Satzung des Vereins Ches Hospiz

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen Ches Hospiz.
- (2) Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und trägt dann den Zusatz "e.V."
- (3) Der Sitz des Vereins ist Windeck.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar - gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Vereins ist der Schutz des Tieres, insbesondere der Hundeschutz, um diese vor psychischen und physischen Schäden zu bewahren.

Der Satzungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

- die Rettung und dauerhafte Aufnahme samt Versorgung, von in Not geratenen, alten und/oder kranken und/oder misshandelten und/oder behinderten Hunden im Sinne einer tierheimähnlichen Einrichtung nach § 11 TSG; der Verein ist End- bzw. Gnadenstelle für jeden dort ankommenden Hund;
- die in Ches Hospiz aufgenommenen Hunde verbleiben dort bis zu ihrem Lebensende;
- die Durchführung von Pflege- und Therapiemaßnahmen an den erkrankten Hunden;
- die Unterstützung von anderen Tierschutzorganisationen bei Aufnahme alter und/oder kranken und/oder behinderten Hunde oder Rettung vor der Tötung und/oder um Tierelend zu verhindern;
- Beratung von Mitgliedern und sonstiger Fragesteller betreffend Hundehaltung und Pflege.

§ 3 Selbstlose Tätigkeit/ Mittelverwendung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (3) Zur Finanzierung der Tierarzt- und Therapiekosten, Futterkosten und allgemeinen Haltungskosten werden Spendengelder gesammelt. Ebenso werden Sachspenden gesammelt.
- (4) Die Anstellung beruflicher Hilfskräfte (z.B. Finanzbuchführung, Tierpfleger, u.s.w.) im erforderlichen Maß ist zulässig. Hierfür dürfen keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden. Über die Notwendigkeit der Einstellung von Hilfspersonal entscheidet der Vorstand.

§ 4 Begünstigungsverbot, Aufwendungsersatz und Ehrenamtspauschale

(1) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(2) Die Mitglieder der Organe des Vereins sowie mit Aufgaben zur Förderung des Vereins betraute Mitglieder haben gegenüber dem Verein einen Anspruch auf Ersatz der ihnen in Zusammenhang mit ihrer Ausübung entstandenen Aufwendungen (§ 670 BGB) im Rahmen der Beschlüsse des Vorstands und im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Vereins.

(3) Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig.

(4) Eine Ehrenamtspauschale im Sinne von § 3 Nr. 26a EStG in Form pauschalen Aufwendungsersatzes oder einer Tätigkeitsvergütung wird nicht geleistet.

(5) Die Aufwendung für Fahrten, die der ehrenamtliche Mitarbeiter im Sinne und zum Zwecke des Vereins leistet, wird mit 0,30€ / km erstattet.

(6) Auslagen für Aufwendungen, die nachweislich für den Verein entstanden sind, werden erstattet.

(7) Der Verein unterstützt die Weiterbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter, insoweit die Weiterbildung zu 100% dem Wohle und Zwecke des Vereins dient.

§ 5 Art und Erwerb der Mitgliedschaft

(1) **Fördermitglied** des Vereins kann jede natürliche und juristische Person des öffentlichen und privaten Rechts werden. Fördermitglieder sind Mitglieder des Vereins, welche dem Zweck des Vereins wohlgesonnen sind und durch Zahlung eines Betrages die Bestrebung des Vereins finanziell unterstützen. Die Aufnahme Minderjähriger bedarf der Zustimmung der gesetzlichen Vertreter, die mit dem minderjährigen Fördermitglied für die Entrichtung des Fördermitgliedsbeitrages dem Verein gegenüber haften und sich in dem Beitrittsformular entsprechend zu verpflichten haben. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu stellen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag innerhalb von 30 Tagen. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht und der Vorstand ist nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe für eine etwaige Ablehnungsentscheidung mitzuteilen. Fördermitglieder haben auf der Mitgliederversammlung Sitz- und Rederecht, jedoch kein Antrags-, Stimm- und Wahlrecht.

(2) **Mitglied** des Vereins mit Stimm- und Wahlrecht kann jede natürliche und juristische Person des öffentlichen und privaten Rechts werden. Die Aufnahme Minderjähriger bedarf der Zustimmung der gesetzlichen Vertreter, die mit dem minderjährigen Mitglied für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages dem Verein gegenüber haften und sich in dem Beitrittsformular entsprechend zu verpflichten haben. Es ist ein formloser Antrag schriftlich an den Vorstand zu stellen. Der Vorstand entscheidet über den Antrag innerhalb von 30 Tagen. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht und der Vorstand ist nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe für eine etwaige Ablehnungsentscheidung mitzuteilen. Stimm- und wahlberechtigt sind Mitglieder erst ab Volljährigkeit.

(3) Personen, die sich in besonderem Maße für den Verein eingesetzt haben, können durch den Beschluss des Vorstands zu **Ehrenmitgliedern** ernannt werden. Die Ehrenmitgliedschaft

bedarf der Zustimmung der auszuzeichnenden Person. Ehrenmitglieder haben die gleichen Rechte wie Mitglieder nach § 5 Abs. 1 dieser Satzung.

(4) Für die Aufnahme in den Verein ist es verpflichtend, dass das Mitglied für die Dauer seiner Mitgliedschaft am Bankeinzugsverfahren für die Mitgliedsbeiträge teilnimmt. Dies hat das Mitglied in der Eintrittserklärung rechtsverbindlich zu erklären. Sofern eine solche Erklärung durch das Mitglied nicht abgegeben wird, ist der Antrag auf Mitgliedschaft durch den Vorstand zwingend abzulehnen.

(5) Neben der Einzelmitgliedschaft kann eine Familienmitgliedschaft abgeschlossen werden. Unter eine Familienmitgliedschaft fallen der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner sowie alle minderjährigen Kinder, wohnhaft im gleichen Haushalt.

(6) Der Vorstand soll, soweit er Kenntnisse darüber besitzt, insbesondere dann einen Aufnahmeantrag ablehnen, wenn der Antragsteller bereits in der Vergangenheit gegen die Vereinsinteressen und den Zweck des Vereins verstoßen hat und zu befürchten ist, dass er dies auch als Mitglied tun würde und daher für den Verein und die Mitglieder des Vereins nicht tragbar ist.

(7) Mitglieder von denen erst nach erfolgtem Beitritt bekannt wird, dass sie zu dem unter § 5 Abs. 6 dieser Satzung genannten Personenkreis gehören, sind auszuschließen.

(8) Personen, die aus einem anderen ähnlichen Verein (z.B. Zuchtverein, Tierschutzverein, Naturschutzverein, etc.) ausgeschlossen wurden, sind verpflichtet dieses bei der Antragstellung anzuzeigen. Sie können erst Mitglied werden, wenn die Gründe des Ausschlusses eingehend vom Vorstand überprüft und als unbedenklich eingestuft wurden.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Alle Mitglieder haben:

- ein Sitz- und Rederecht in der Mitgliederversammlung;
- Informations- und Auskunftsrechte;
- Das Recht auf Teilhabe und Nutzung der Angebote des Vereins;
- Verschwiegenheit über Vereinsbelange zu wahren;
- Treuepflicht gegenüber dem Verein;
- Pünktlich und fristgemäß die festgesetzten Mitgliedsbeiträge zu erbringen;
- sämtliche Änderungen ihrer persönlichen Daten (auch Kontaktdaten) und Bankverbindung unverzüglich mitzuteilen.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

(1) Es wird bei der Beitragsberechnung eine Einzel- oder Familienmitgliedschaft herangezogen.

(2) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Über die Höhe des Beitrages entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes mit einfacher Mehrheit.

Die von der Mitgliederversammlung sodann festgelegte Höhe der Beiträge wird auf der Internetseite des Vereins („Homepage“) veröffentlicht.

Es fallen keine weiteren Gebühren während der Mitgliedschaft an.

Über die Höhe des Beitrages entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes mit einfacher Mehrheit.“

(3) Die Mitgliedsbeiträge werden im Bankeinzugsverfahren mittels Lastschrift eingezogen. Das Mitglied hat sich hierzu bei Eintritt in den Verein verpflichtet eine Einzugsermächtigung zu erteilen, sowie für eine ausreichende Deckung des bezogenen Kontos zu sorgen.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Ratenzahlung und / oder Stundung der Beitragsschuld besteht nicht. Weist das Konto eines Mitglieds zum Zeitpunkt der Abbuchung des Beitrages/der Gebühren keine Deckung auf, so haftet das Mitglied dem Verein gegenüber für sämtliche dem Verein mit der Beitragseinziehung sowie evtl. Rücklastschriften entstehende Kosten. Dies gilt auch für den Fall, dass ein bezogenes Konto erloschen ist und das Mitglied dies dem Verein nicht mitgeteilt hat.

(5) Der Vorstand kann Mitglieder von der Beitragspflicht befreien, insbesondere dann, wenn sie für den Verein aktiv tätig sind, d.h. regelmäßig Aufgaben und Tätigkeiten des Betriebs oder der Verwaltung des Vereins übernehmen.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft -Kündigung - Ausschluss aus dem Verein

(1) Die Mitgliedschaft endet:

- mit dem Tod;
- durch Austritt;
- durch Ausschluss aus dem Verein
- durch Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis, wenn ein Mitglied drei Monate mit der Entrichtung der Beiträge in Verzug ist.

(2) Das Erlöschen der Mitgliedschaft führt zum Verlust aller von dem betroffenen Mitglied bekleideten Vereinsämtern.

(3) Bei einem unterjährigen Austritt eines Mitglieds – gleich aus welchem Grunde - werden die für das laufende Geschäftsjahr entrichteten Beiträge nicht zurückerstattet.

(4) Mitglieder, die ihren Beitrag des Beitragsjahres bis zum Ende des Geschäftsjahres nicht entrichtet haben, können auf Beschluss des Vorstandes aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

(5) Der Austritt muss schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden. Er ist nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Ende des Kalenderjahres möglich.

(6) Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es in schwerwiegender Weise gegen die Interessen des Vereins verstoßen hat sowie sich vereinschädigend verhalten hat.

Dies ist insbesondere der Fall, wenn das Mitglied:

- dem Personenkreis gem. § 5 Abs. 5 dieser Satzung zugehörig ist;
- durch die Form der Hundehaltung und Ausbildung eines Hundes die Tiere bewusst zur unkontrollierten Aggressivität gegen Tiere und/ oder erzieht oder eine derartige Erziehung aktiv unterstützt
- an Veranstaltungen jedweder Art teilnimmt, die nicht mit den Tierschutzbestimmungen übereinstimmen;
- gegen die Verordnung zum Halten von Hunden im Freien verstößt;

- einer Person, in Kenntnis ihrer Zugehörigkeit zum Personenkreis des § 5 Abs. 5 Gelegenheit zum Beitritt des Vereins verschafft;
- sich derart verhält, dass nachweislich dem Ansehen des Vereins und der Hundehaltung im Ganzen Schaden zugefügt wird;
- Tatsachen im Sinne von § 5 Abs. 7 der Satzung verschweigt;
- grob fahrlässig und/ oder vorsätzlich Interessen des Vereins verletzt;
- Mitglieder des Vorstandes in der Öffentlichkeit beleidigt;
- den Verein in der Öffentlichkeit massiv in beleidigender Form kritisiert.
- Die Feststellung erfolgt durch den Vorstand.

(7) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit endgültig. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied nach § 7 Abs. 2 der Satzung. Dem betroffenen Mitglied ist nach Eingang des Ausschließungsantrages beim Vorstand von diesem für einen Zeitraum von vier Wochen rechtliches Gehör zu gewähren. Während des Ausschließungsverfahrens ruhen sämtliche Rechte des auszuschließenden Mitglieds.

§ 9 Organe des Vereins

- Die Organe des Vereins sind:
 - a) der Vorstand (nach § 26 BGB)
 - b) die Mitgliederversammlung

§ 10 Vorstand

(1) Der Vorstand (§26 BGB) besteht aus vier Mitgliedern:

- dem 1. Vorsitzenden (w, m, d)
- dem 2. Vorsitzenden (Stellvertreter/in) (w, m, d)
- dem Kassenwart (w, m, d)
- dem Schriftführer (w, m, d)

Die Amtsinhaber müssen Vereinsmitglieder nach § 5 Abs. 2 der Satzung sein.

(2) Wahlmodus

Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Amtszeit beginnt mit der Annahme der Wahl in der Mitgliederversammlung, damit endet gleichzeitig die Amtszeit des bisherigen Vorstands. Die Wiederwahl, auch mehrfache, ist zulässig.

a. Zur Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden ist die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Kommt diese nicht zustande, so genügt bei dem dritten Wahlgang die einfache Mehrheit.

b. Zur Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder genügt die einfache Mehrheit

c. In den Vorstand können nur volljährige und geschäftsfähige Mitglieder gewählt werden.

d. Eine Anfechtung der Wahl kann nur innerhalb von 10 Tagen nach Beendigung der Versammlung erfolgen. Hierzu ist ein schriftlicher Antrag mit Begründung an den Vorstand erforderlich, über den eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit zu entscheiden hat.

(3) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind die Vorstandsmitglieder gem. § 10 Abs. 1 der Satzung. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich gem. § 26 BGB jeweils einzeln.

Im Innenverhältnis gilt, dass der stellvertretende Vorsitzende nur bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden von seiner Vertretungsbefugnis Gebrauch machen darf. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Kassenwart und Schriftführer vertreten den Verein gemeinsam.

(4) Die Aufgaben des Vorstandes sind:

- die Einberufung sowie Durchführung der Mitgliederversammlung, die Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung; Erstellen des Haushaltsplanes sowie des Jahresberichtes des vorangegangenen Geschäftsjahres;
- laufende Verwaltungsangelegenheiten des Vereins, insbesondere ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens gemäß den Regelungen dieser Satzung;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit;
- die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins;
- Unterbreitung von Vorschlägen zur Höhe der Mitgliedsbeiträge basierend auf den Erfordernissen des Vereins;
- Abschluss von Arbeitsverträgen, um die Vereinsarbeit bewältigen zu können;
- Abschluss von Dauerschuldverhältnissen bis zu einem Einmalbetrag in Höhe von 3.000,00 EUR oder Jahressumme in Höhe von 10.000,00 EUR.

(5) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds. Ein Vorstandsmitglied kann bei grober Amtspflichtverletzung und aus sonst wichtigem Grund durch die Mitgliederversammlung abberufen werden.

(6) Beschlüsse werden im Vorstand mit einfacher Mehrheit gefasst, bei Stimmgleichheit entscheidet der/die Vorsitzende. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Die Einberufung einer Vorstandsversammlung kann durch jedes Mitglied des Vorstandes mit einer Frist von drei (3) Werktagen erfolgen, wobei die Einberufung auf jedem Weg, schriftlich, per E-Mail, per Telefon erfolgen kann. In dringenden Fällen kann auf die vorgenannte Frist verzichtet werden, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind.

(7) Über Vorstandssitzungen und ihre Beschlüsse wird ein Protokoll angefertigt, in dem alle Beschlüsse eindeutig festgehalten sind. Das Protokoll muss zudem Ort, Datum und Zeit, Dauer der Sitzung, Teilnehmer sowie Abstimmungsergebnisse enthalten. Im Einzelfall kann der/die 1. Vorsitzende anordnen, dass die Beschlussfassung über einzelne Gegenstände im Umlaufverfahren per E-Mail, im Rahmen einer Telefonkonferenz oder im Rahmen einer Online-Versammlung erfolgt. Es gelten, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt wird, die Bestimmungen dieser Satzung.

§ 11 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für folgende Angelegenheiten:

- Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der Kassenprüfer;
- Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes;
- Entlastung des Vorstands (§ 181 BGB);
- Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit;
- Änderung der Satzung;
- Auflösung des Vereins;
- Erlass von Ordnungen;
- Beschlussfassung über Anträge der Mitglieder sowie
- weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.

Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig

(2) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich, im ersten Quartal des Kalenderjahres, statt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung - für deren Berufung und Durchführung die gleichen Bestimmungen gelten wie für die ordentliche Mitgliederversammlung - ist einzuberufen:

- wenn der Vorstand die Einberufung aus wichtigem Grund beschließt
- wenn ein Drittel der Mitglieder schriftlich dies unter Angabe der Gründe vom Vorstand verlangt.

Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Das Erfordernis der schriftlichen Einladung ist auch erfüllt, wenn die Einladung durch E-Mail erfolgt. Der Fristenlauf für die Ladung beginnt mit dem Tag der Aufgabe der Einladung zur Post bzw. der Absendung der E-Mail. Maßgebend für die ordnungsgemäße Ladung ist die vom Vorstand letztbekannte Anschrift / letztbekannte E-Mail-Adresse des Mitglieds.

Die Mitteilung von Adressänderungen / Änderungen von E-Mail-Adressen ist eine Bringschuld des Mitglieds. Jedes Mitglied kann spätestens eine Woche vor Beginn der Mitgliederversammlung schriftlich die Ergänzung der Tagesordnung verlangen.

Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich und mit einem Antragstext mit ausführbarem Inhalt beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen. Der Antrag ist spätestens in der Mitgliederversammlung vom Antragsteller zu begründen. Der Vorstand prüft die Zulässigkeit des Antrages und setzt diesen auf die Tagesordnung zur Mitgliederversammlung. Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Eine ordnungsgemäße einberufene Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig.

(3) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, bei dessen Verhinderung von einem vom Vorstand bestimmten Mitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Mitgliederversammlung den Leiter. Der Versammlungsleiter übt in der Mitgliederversammlung das Hausrecht aus. Sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bestimmt der Versammlungsleiter allein den Gang der Verhandlungen in der Mitgliederversammlung sowie Art und Weise der Abstimmung bei Wahlen und Sachanträgen. Seine Entscheidungen sind anfechtbar. Für die Dauer der Durchführung von Vorstandswahlen wählt die Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte einen Wahlausschuss, bestehend aus zwei Personen.

(4) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter, soweit in der Satzung nicht eine Art der Abstimmung zwingend bestimmt ist. Jedes Mitglied nach § 5 Abs. 2 dieser Satzung hat eine Stimme. Stimmberechtigungsübertragungen sind nicht möglich. Stimmenthalten gelten als nicht gegebene Stimmen und werden nicht gezählt. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Für Satzungsänderungen sowie die Änderung des Vereinszwecks ist eine zweidrittel Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Hinsichtlich einer etwaigen Abstimmung zur Auflösung des Vereins wird auf § 16 dieser Satzung verwiesen.

(5) Wahlen erfolgen stets in offener Abstimmung durch Handaufheben. Kandidieren in einem Wahlgang zwei Kandidaten, so ist zwingend geheim mit verdeckten Stimmzetteln zu wählen. Eine Blockwahl des Vorstandes wird nicht angewendet.

(6) Das Versammlungsprotokoll ist vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Es muss enthalten:

- Ort und Zeit der Versammlung;
- Name des Versammlungsleiters und des Protokollführers;
- Zahl der erschienenen Mitglieder;
- Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit;
- die Tagesordnung
- die gestellten Anträge, das Abstimmungsergebnis (Zahl der JA-Stimmen, Zahl der NEIN-Stimmen, Zahl der Enthaltungen, Zahl der ungültigen Stimmen);
- die Art der Abstimmung;
- Satzungs- und Zweckänderungsanträge;
- Beschlüsse.

§ 12 Patenschaften

Natürliche und juristische Personen des öffentlichen des öffentlichen und privaten Rechts haben die Möglichkeit Patenschaften für Hunde, die sich in der Obhut des Vereins befinden, zu übernehmen. Patenschaften verpflichten nicht zur Mitgliedschaft. Patenschaften werden in Form materieller bzw. ideeller Leistungen des Paten für den/die jeweiligen Hund/e ohne dauerhafte oder rechtliche Verpflichtung übernommen.

§ 13 Kassenprüfung

1) Die Mitgliederversammlung wählt aus den Kreisen der stimmberechtigten Mitglieder nach § 5 Abs. 2 dieser Satzung für die Dauer von einem Jahr einen Kassenprüfer, der nicht Mitglied des Vorstandes sein darf. Diese sollen in Buchführungs- und Geschäftsaufzeichnungsfragen erfahren sein. Kassenprüfer können wiedergewählt werden.

(2) Aufgabe des Kassenprüfers ist die Prüfung der Finanzbuchhaltung und Finanzverwaltung sowie der Kassen des Vereins und evtl. bestehender Untergliederungen.

Die Kassenprüfer sind zur umfassenden Prüfung der Kassen und des Belegwesens in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt und verpflichtet. Die Kassenprüfer können auf wirtschaftlichem Gebiet beratend tätig sein. Die Festlegung der Zahl der Prüfungen liegt in pflichtgemäßem Ermessen der Kassenprüfer. Dies gilt auch für unangemeldete, sog. Adhoc-Prüfungen.

(3) Dem Kassenprüfer ist vom Vorstand umfassend Einsicht in die zur Prüfung begehrten Vereinsunterlagen zu gewähren. Auskünfte sind ihnen zu erteilen. Die Vorlage von Unterlagen sowie Auskünfte können nicht verweigert werden.

(4) Der Kassenprüfer erstattet der Mitgliederversammlung schriftlich Bericht über das Ergebnis seiner Prüfungshandlung und empfiehlt dieser ggf. in ihrem Prüfbericht die Entlastung des Vorstandes. Der Prüfbericht des Kassenprüfers ist dem Vorstand spätestens drei Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung vorzulegen. Der Prüfbericht muss einheitlich sein, er darf keine abweichenden Meinungen vom Kassenprüfer enthalten.

(5) Wird kein Kassenprüfer gewählt, so erfolgt die Prüfung der Finanzbuchhaltung und der Geschäftsführung des Vereins durch einen vom Vorstand beauftragten, auf Vereinsrecht und Vereinssteuerrecht spezialisierten Rechtsanwalt, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer.

§ 14 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte

(1) Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogener Daten seiner Mitglieder nach § 5 dieser Satzung (einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse) unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen (EDV) zur Erfüllung der gemäß dieser Satzung zulässigen Zwecke und Aufgaben, beispielsweise im Rahmen der Mitgliederverwaltung.

Hierbei handelt es sich insbesondere um folgende Mitgliederdaten:

- Vor- und Familienname
- Anschrift
- Telefonnummern (Festnetz und Mobil)
- E-Mail-Adresse
- Geburtsdatum
- Bankverbindung
- Lizenz (en)
- Funktion (en) im Verein
- Bankverbindung

(2) Der Verein hat Versicherungen abgeschlossen oder schließt solche ab, aus denen er und/oder seine Mitglieder Leistungen beziehen können. Soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieser Verträge erforderlich ist, übermittelt der Verein personenbezogene Daten seiner Mitglieder [Vor- und Familienname, Anschrift, Geburtsdatum oder Alter, etc.] an das zuständige Versicherungsunternehmen. Der Verein

stellt hierbei vertraglich sicher, dass der Empfänger der Daten ausschließlich dem Übermittlungszweck gemäß verwendet.

3) Der Verein betreibt einen Internetauftritt, sog. „Homepage“. Die Homepage dient der Darstellung des Vereins in der Öffentlichkeit sowie der Information der Mitglieder. Sprache und Inhalt haben den Zweck Rechnung zu tragen. Die Homepage wird von einem sog. „Webmaster“ nach Weisung des Vorstands betrieben und auf aktuellem Stand gehalten.

(4) Im Zusammenhang mit seiner Tierschutzarbeit sowie sonstigen satzungsgemäßen Veranstaltungen veröffentlicht der Verein personenbezogene Daten und Fotos seiner Mitglieder auf seiner Homepage und übermittelt Daten und Fotos zur Veröffentlichung an Print- und Telemedien sowie elektronische Medien.

Die Veröffentlichung/Übermittlung von Daten beschränkt sich hierbei in der Regel auf Vor- und Familiennamen, Vereins- und Abteilungszugehörigkeit und Funktion im Verein.

Ein Mitglied kann jederzeit gegenüber dem Vorstand der Veröffentlichung von Einzelfotos seiner Person widersprechen. Ab Zugang des Widerspruchs unterbleibt die Veröffentlichung/Übermittlung und der Verein entfernt vorhandenen Fotos von seiner Homepage.

(5) Auf seiner Homepage berichtet der Verein auch über Ehrungen. Hierbei werden Fotos von Mitgliedern und folgende personenbezogene Mitgliederdaten veröffentlicht:

- Vor- und Familienname
- Vereins- sowie Abteilungszugehörigkeit und deren Dauer
- Funktion im Verein
- soweit erforderlich -Alter, Geburtsjahr.

Berichte über Ehrungen nebst Fotos darf der Verein –unter zuvor stehende Angaben auch an Print- und Telemedien sowie elektronische Medien übermitteln.

Im Hinblick auf Ehrungen kann das betroffene Mitglied jederzeit gegenüber dem Vorstand der Veröffentlichung/Übermittlung von Einzelfotos sowie seine personenbezogenen Daten allgemein oder für einzelne Ereignisse widersprechen. Der Verein informiert das Mitglied rechtzeitig über eine beabsichtigte Veröffentlichung/Übermittlung in diesem Bereich und teilt hierbei auch mit, bis zu welchem Zeitpunkt ein Widerspruch erfolgen kann. Wird der Widerspruch fristgemäß ausgeübt, unterbleibt die Veröffentlichung/Übermittlung. Anderenfalls entfernt der Verein Daten und Einzelfotos des widersprechenden Mitglieds von seiner Homepage und verzichtet auf künftige Veröffentlichungen/Übermittlungen.

(6) Mitgliederlisten werden als Datei oder in gedruckter Form soweit an Vorstandsmitglieder, sonstige Funktionäre und Mitglieder herausgegeben, wenn deren Funktion oder besondere Aufgabenstellung im Verein die Kenntnisnahme erfordern.

Macht ein Mitglied glaubhaft, dass es die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Rechte (z.B. Minderheitenrechte) benötigt, wird ihm eine gedruckte Kopie der Listen gegen die schriftliche Versicherung ausgehändigt, dass Vor- und Familienname, Anschrift und sonstigen Daten nicht zu anderen Zwecken Verwendung finden.

(7) Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung dieser Satzung stimmen die Mitglieder nach § 5 dieser Satzung der Erhebung, Verarbeitung (Speicherung, Veränderung, Übermittlung und Nutzung ihrer personenbezogenen Daten in dem vorgenannten Ausmaß und Umfang zu. Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner

satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverwendung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen hierzu verpflichtet ist. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft.

8) Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes (insbesondere §§ 34, 35) das Recht auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten, deren Empfänge und den Zweck der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung seiner Daten.

§ 15 Haftungsbeschränkung

(1) Für Schäden, gleich welcher Art, die einem Mitglied bei der Benutzung der Vereinseinrichtungen, -gerätschaften oder -gegenständen, oder infolge von Handlungen oder Anordnungen der Vereinsorgane (z.B. Vorstand) oder sonstiger im Auftrag des Vereins tätiger Personen entstehen, haftet der Verein nur, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

(2) Schädigt ein Mitglied den Verein in Ausübung eines Vereinsamtes oder in Ausführung einer Tätigkeit im Auftrags oder wohlverstandenen Interesse des Vereins, so darf der Verein Schadensersatzansprüche gegen das Mitglied nur geltend machen, wenn diesem Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verein bei einem Mitglied Regress nimmt, weil der Verein von einem außenstehenden Dritten in Anspruch genommen worden ist.

(3) Verlangt ein außenstehender Dritter von einem Mitglied Schadensersatz, so hat das Mitglied einen Freistellungsanspruch gegen den Verein, falls es die Schädigung in Ausübung eines Vereinsamtes oder in Ausführung einer Tätigkeit im Auftrag oder wohlverstandenen Interesse des Vereins herbeigeführt und hierbei weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt hat.

(4) Die Haftung für leichte Fahrlässigkeit wird ausgeschlossen.

§ 16 Auflösung des Vereins, Beendigung aus anderen Gründen

(1) Der Beschluss über die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens dazu berufenen Mitgliederversammlung gefasst werden und bedarf der Mehrheit von 2/3 der erschienenen, stimmberechtigten Mitgliedern, vorausgesetzt, dass mindestens die Hälfte der Gesamtmitglieder erschienen ist. Ist diese Zahl nicht erreicht, so muss eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, die dann mit 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder über die Auflösung beschließen kann.

(2) Im Falle der Auflösung des Vereins sind der/die Vorsitzende des Vorstands und sein Stellvertreter gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren, falls die Mitgliederversammlung keine anderen Personen beruft.

(3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das, nach Ausgleich aller Verbindlichkeiten, verbleibende Vermögen des Vereins an

Deutscher Tierschutzbund e.V.

der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

(4) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen wurde.

§ 17 Salvatorische Klausel

Die Mitgliederversammlung ermächtigt den Vorstand Satzungsänderungen selbständig vorzunehmen, die auf Grund von Beanstandungen des zuständigen Registergerichts oder des zuständigen Finanzamtes notwendig werden und die den Kerninhalt einer zuvor beschlossenen Satzungsänderung nicht berühren. Der Vorstand hat die textliche Änderung mit einstimmiger Mehrheit zu beschließen. In der auf den Beschluss folgenden Mitgliederversammlung ist diese von der Satzungsänderung in Kenntnis zu setzen.

Sollten einzelne Punkte der Satzung nicht den rechtlichen Bestimmungen entsprechen, so bleibt der Rest der Satzung davon unberührt.